Nr. 5. Halle (Saale), Montag, den 7. Januar 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis: Monatlich 1. Mk. bei freier Zustellung ins Haus an jed. Wertag. Durch die Post bezogen gleichfalls 1.— Mk., oder 3.— Mk. vierteljährlich, und 14 Pfg. Bestellgeld für monatl., wenn die Zustellung vom Postbote erfolgt.

„Neue Welt", wöchentlich erscheinende Unterhaltungsbeilage, 10 Pfg. im Monat.

Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 16106.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene, 46 mm Kolonelzeile kostet 20 Pfg. für außerhalb des Verbreitungsbezirks 25 Pfg. Anzeig. unter Text: für die 92 mm breite Reklamezeile 75 Pfg. Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 8 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr. 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag bzw. die Nr. 1047.

Im Wirbel.

Zur Frage der Friedensverhandlungen.

Die Friedensverhandlungen mit den russischen Vertretern sind unterbrochen, nur mit den Repräsentanten der Ukraine wird in Brest-Litowsk verhandelt. Die russische Delegation kommt jedoch mit Trotzki an der Spitze nach Brest-Litowsk, freilich nicht, um die Friedensverhandlungen der Sache nach weiter zu führen, sondern nur, um über eine Verlegung der Weiterverhandlungen auf neutrales Gebiet eine Einigung zu erzielen. Wie weit diese Vorgänge gediehen sind, ist zur Stunde noch nicht bekannt.

Die Regierungserklärungen.

Nach der Eröffnung der Sonnabend-Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages gab der Unterstaatssekretär v. d. Busche im Auftrage des Reichskanzlers eine Erklärung ab, wonach dessen Standpunkt zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker unverändert sei bleibe, aber „seine Deutung finden darf, die lediglich von den Interessen der Entente eingegeben ist". Die in der neutralen Presse veröffentlichte Darstellung, als ob die russischen Delegierten den deutschen Vorschlag vom 28. Dezember als undiskutierbar abgelehnt hätten, sei unrichtig. Sie hätten zwar Bedenken erhoben, aber einer Kommissionsberatung zugestimmt. Inzwischen ist am 4. Januar aus Petersburg folgendes Telegramm in Brest-Litowsk eingegangen:

„An die Herren Vorsitzenden der vier verbündeten Mächte. Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet entspricht dem erreichten Stand der Verhandlungen. In Anbetracht der Ankunft Ihrer Delegationen am früheren Ort der Verhandlungen wird unsere Delegation zusammen mit dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Trotzki morgen nach Brest-Litowsk fahren in der Bezeugung, daß eine Verständigung über die Verlegung der Verhandlungen auf neutralen Boden keine Schwierigkeiten finden wird."

Inzwischen ist mit den in Brest-Litowsk anwesenden, mit Vollmacht versehenen Vertretern der Ukraine in befriedigender Weise verhandelt worden. Weitere tatsächliche Mitteilungen könnten von seiten der Regierung heute nicht gemacht werden."

Der Vorsitzende des Ausschusses schlägt danach vor, die politische Debatte abzubrechen und einen anderen Gegenstand zu verhandeln. Dem wurde zunächst von Scheidemann, dann von Haase sehr energisch widersprochen.

Haase erklärte, daß es für den Ausschuß unmöglich sein müsse, in dieser politischen Situation auseinander zu gehen, ohne zu den Erklärungen der Regierung Stellung zu nehmen. Selbst der Reichstag muß im Plenum seine Meinung dokumentieren, um nicht die annektionistischen Ausführungen des Grafen Westarp schweigend zu billigen. Dessen Anschauungen haben, wie es scheint, auf der ganzen Linie gesiegt. Haase erwähnt die Berichte der neutralen Zeitung Politiken über die wirklichen Vorgänge. Es bestehe ein offener Widerspruch zwischen den uns gemachten Mitteilungen und den unterleitig geschilderten Tatsachen. Die Bolschewiki hielten unbedingt am Referendum und an der Räumung der Gebiete vor dem Referendum fest. Man darf sich auch darüber nicht täuschen, daß etwa die Ukraine verhandele ohne Fühlungnahme und im Widerspruch mit den Russen.

Trotz dieser eindringlichen Ermahnungen Haase's beschlossen alle bürgerlichen Vertreter, die Verhandlung der politischen Fragen auszusetzen und zu einem anderen Gegenstand (Behandlung und Austausch der Kriegsgefangenen) überzugehen.

•

Die Zehntagsfrist abgelaufen.

Brest-Litowsk, 6. Januar. Gestern abend ist folgender Funkspruch in deutschem Klartext abgesandt worden:

An die russische Delegation zu Händen ihres Vorsitzenden Herrn Joffe, Petersburg.

In ihrer Antwort auf die Vorschläge der Vierbundes am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk gewiß: Leitsätze für den Abschluß eines sofortigen allgemeinen Friedens aufgestellt. Zur Vermeidung einer einseitigen Festlegung hatten sie die Gültigkeit dieser Leitsätze ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß sich sämtliche jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müßten. Mit Zustimmung der vier verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine zehntägige Frist festgesetzt worden, innerhalb welcher die anderen Kriegführenden sich mit den in Brest-Litowsk aufgestellten Grundsätzen eines sofortigen Friedens bekanntmachen und über den Anschluß an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten.

Die Delegationen der verbündeten Mächte stellen fest, daß die zehntägige Frist mit dem 4. Januar 1918 abgelaufen und von keinem der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen bei ihnen eingegangen ist.

Die Vorsitzenden der verbündeten Delegationen

Gezeichnet v. Kühlmann für Deutschland, Graf Czernin für Oesterreich-Ungarn, Popow für Bulgarien, Messimy Bey für die Türkei.

Sonderverhandlungen mit der Ukraine.

Brest-Litowsk, 5. Januar. Gestern und heute fanden in Brest-Litowsk unverbindliche Besprechungen mit der ukrainischen Abordnung statt, die einen befriedigenden Verlauf nahmen.

Brest-Litowsk, 6. Januar. Die Besprechungen mit der ukrainischen Abordnung wurden heute in einer Vollsitzung, an der Bevollmächtigte sämtlicher Vierbundmächte teilnahmen, fortgesetzt.

•

Der freien Selbstbestimmung widersprechend!

Petersburg, 3. Januar. Der Vorsitzende der Friedensdelegation, Genosse Joffe, hat gestern an die Vorsitzenden der Vertretungen von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei folgendes Telegramm gesandt:

Die Regierung der russischen Republik sieht es als dringlich an, die weiteren Friedensverhandlungen auf neutralem Gebiete zu führen und schlägt ihre Verlegung nach Stockholm vor. Die russische Delegation erwartet Antwort hierauf in Petersburg. Wegen des Vorschlag der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation vom 25. Dezember, wenigstens in der Fassung der ersten beiden Punkte anbelangt, so sieht die Regierung der russischen Republik als geschäftsführender Hauptausschuß der Sowjets in voller Uebereinstimmung mit der von unserer Friedensdelegation ausgedrückten Meinung diesen Vorschlag als dem Grundsatz der freien Selbstbestimmung der Völker widersprechend an, selbst in der eingeschränkten Form der Antwortserklärung des Vierbundes. Der Vorsitzende der Delegation. Joffe.

Die Soldaten würden nicht kämpfen? Der Petersburger Korrespondent des Londoner Daily Telegraph meldet: Es ist eine Tatsache, daß die Bolschewiki jetzt zugeben, daß die Unterhandlungen von Brest-Litowsk mißglückt sind, und daß die deutschen Vorschläge keine Grundlage bilden, auf der Rußland Frieden schließen könnte. Als aber Kamenew im Sowjet mitteilte, daß die Bedingungen unannehmbar seien, standen die Vertreter der verschiedenen Armeen auf und erklärten, daß die Soldaten nicht kämpfen würden und es auch nicht tun könnten.

Hindenburg und Ludendorff

hat die Presse der Annektionisten nun in das ganze Spiel gezogen und auch gleich gegen Kühlmann ausgespielt. Alldeutsche Blätter, wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung und die Deutsche Zeitung, haben die Meldung gebracht, daß Ludendorff „wegen Brest-Litowsk" sein Rücktrittsgesuch eingereicht habe, andere Blätter deuteten das gleiche von Hindenburg an. Die Deutsche Zeitung sagte dazu.

„Wie ein Schlag trifft es das Deutsche Volk. Hindenburg kann und wird sich von Ludendorff nicht trennen. Deutsches Volk stehe auf!"

Das deutsche Volk kann sitzen bleiben; denn W. T. B. meldete offiziös:

„Die in mehreren Zeitungen verbreitete Nachricht, daß das Entlassungsgesuch des Generals Ludendorff vorliege, entspricht nicht den Tatsachen."

Daß freilich einiges vorgegangen und versucht sein muß, wenn auch nur von gewissen Kreisen, das scheint das vereinigte Losschlagen der ganzen Annektionistenpresse zu beweisen. Nicht nur die alldeutschen und konservativen Blätter spielten Hindenburg gegen Kühlmann aus, sondern auch freisinnige (Voss. Ztg.) und nationalliberale. So schrieb die Magdeburgische Zeitung in einem aufgeregten, grellen „Machtaufsatze":

„Und nun kommt das verhängnisvolle: den entstandenen Konflikt sucht Herr v. Kühlmann zu vertuschen und trug während seines Aufenthaltes in Deutschland einen Optimismus zur Schau, der mit den Tatsachen — wie sich jetzt unwiderleglich herausstellt — nicht in Einklang stand und deshalb auf die Russen den Eindruck gemacht haben muß, daß wir Deutschen den größten Wert auf baldigen Friedensschluß legten und zu weiterem Nachgeben bereit seien. Hätte Herr v. Kühlmann statt dessen den Tatsachen entsprechend die Lage als sehr gespannt geschildert und nach Petersburg hinüberklingen lassen, daß wir mit dem Scheitern der Verhandlungen und der Wiederaufnahme des Kampfes rechnen, dann wäre das Benehmen der Russen wohl viel kleinlauter geworden. Es kommt hinzu, daß bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk von den notwendigen militärischen Sicherungen und Grenzverschiebungen, die wir brauchen und deren Anerkennung wohl auch die ganze Welt erwartet hat, unglaublicherweise nicht die Rede gewesen ist. Es kann daher nicht wundernehmen, wenn die Gerüchte über tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen der Obersten Heeresleitung und dem Staatssekretär v. Kühlmann sich immer mehr verdichten. Vielleicht wird schon in kürzester Zeit die Frage zur Entscheidung stehen, wer von seinem Posten weichen muß. Ohne vertrauensvolles Zusammenarbeiten der Heeresleitung mit dem Auswärtigen Amte ist ja die Kriegführung eines guten Friedens undenkbar. Sollte wirklich eine Einigung nicht mehr möglich sein — wir glauben nach allem, was geschehen ist, nicht mehr daran — und die obige Frage in ganzer Schärfe gestellt werden, so kann es darauf nur eine Antwort geben: Hindenburg und Ludendorff sind die Männer, zu denen das ganze deutsche Volk mit einer Zuversicht emporblickt, wie zu keinem anderen militärischen oder politischen Führer. Sie sind uns die Verkörperung des Deutschtums im Weltringen. Ihr Ausscheiden würde im Reiche wie in der Welt als die Katastrophe unseres Vaterlandes aufgefaßt werden, als ein Eingeständnis unserer Niederlage. Die Folgen wären unabsehbar. Deshalb kann und wird davon nicht die Rede sein. Andererseits aber muß man hoffen und fordern, daß der Konflikt sich schnell und in einer Weise lösen wird, die uns vor innerer Erschütterungen bewahrt. Ob dazu nötig wäre, wie manche meinen, daß die militärische und politische Leitung in einer Hand vereinigt werden, möchten wir im Augenblick dahingestellt sein lassen."

Dem, der politisch lesen kann, sagt dieser Verstoß alles. Die sachliche Voraussetzung, daß Herr v. Kühlmann auf dem entgegenkommenden Friedensstandpunkte steht, ist freilich nicht erwiesen. Am Gegenteil: Herr v. Kühlmann hat ja gerade die Vorschläge, die zur Unterbrechung der Friedensverhandlungen führten, gemacht und vertreten. Aber daß schon deswegen an die Vertreter der Militärgewalt appelliert wird, das ist bezeichnend.

•

Der Reichskanzler beruhigt. Berlin, 7. Januar. Der Reichskanzler empfing laut L.A. gestern eine Reihe von Fraktionsführern, denen er ein durchaus beruhigendes Bild unserer gegenwärtigen militärischen und politischen Lage zu geben in der Lage war. Auch eine Reihe von Persönlichkeitsfragen wurde in einer Weise erörtert, daß jeder etwaige Grund zur Beunruhigung als beseitigt angesehen werden kann.

Meinungen der Presse.

Der Vorwärts sagt: Der Zentralsowjet in Petersburg hat sich mit der Friedensfrage beschäftigt. Die ganzen Verhandlungen drehten sich um die Vorgänge vom 28. Dezember und nur in dem letzten Satz wird von der geplanten Verlegung der Verhandlungen in einem neutralen Staat gesprochen. Zuvor aber heißt es: „Die russische Revolution bleibt ihrer internationalen Politik treu. Wir verteidigen Polens, Litauens und Kurlands Recht, in wirklich freier Weise über ihr Schicksal zu verfügen. Niemals werden wir anerkennen, daß es gerecht ist, irgend einer anderen Nation einen fremden Willen aufzuzwingen." — Mit Entschiedenheit muß der Auffassung entgegengetreten werden, daß die Störung der Friedensverhandlungen auf eine „englische Intrige" zurückzuführen sei. Das einzig Richtige daran ist, daß diese Störung im englischen Interesse liegt, aber die Engländer haben sich dazu gar nicht erst anzustrengen brauchen; was dazu notwendig war, ist in Brest-Litowsk selbst besorgt worden. Nicht „englische Intrige", sondern der auffallende Unterschied zwischen den Erklärungen vom 25. Dezember und jenen vom 28. Dezember hat den „Zwischenfall" herbeigeführt. Nach der Verschärfung des Herrn v. d. Busche bleibt der Standpunkt des Reichskanzlers zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker unverändert. Aber diesem aufrechten Gedanken folgt sofort wieder der hinkende Nachsatz: „Dieser Standpunkt darf keine Deutung finden, die lediglich vom Interesse der Entente eingegeben ist." Dieser Nachsatz erinnert schon wieder ein wenig an das berühmte „Wie ich es auffasse" des weiland Reichskanzlers Dr. Michaelis. Die Frage ist ganz prägis gestellt und fordert eine ganz klare Antwort: Entweder man erkennt das Selbstbestimmungsrecht der Polen, Letten und Litauer an, und dann müssen diese Völker in völlig freier Abstimmung über ihre zukünftige staatliche Zugehörigkeit oder Selbständigkeit entscheiden können, oder man will unter allen Umständen Personalunionen, Zollunionen, Militärkonventionen erzielen, und dann kann man nicht behaupten, daß man das Selbstbestimmungsrecht jener Völker anerkenne. Sonst liefe das nur sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Völker auf das Sprüchlein hinaus:

Selbstbestimmung? Absolut,
Wenn sie uns den Willen tut!

In der Schule ist uns gelehrt worden: Deutsch sein heißt wahr sein! Wir alle haben ein wirklich nationales Interesse daran, daß man deutsche Erklärungen als unbedingt wahr und aufrichtig aufnimmt, keine Hinterhältigkeiten und Verstecktheiten hinter ihnen suchen kann. Den Völkern ihr Selbstbestimmungsrecht gewähren, das heißt, sie vollkommen frei über ihr zukünftiges Schicksal entscheiden lassen. Die sozialdemokratische Partei wird ihre Stellung zur deutschen Regierung davon abhängig machen, ob sie den Weg zu ihrer Erklärung vom 28. Dezember zurückfindet.

(Weitere Preßstimmen siehe zweite Seite.)

Deutsche Heeresberichte.

Großes Hauptquartier, 6. Januar 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Feuertätigkeit blieb meist gering. Sie steigerte sich vorübergehend an verschiedenen Stellen der Front im Zusammenhang mit Erkundungsgefechten. Französische Vorstöße in der Champagne wurden im Nahkampf abgewiesen. Bei Juvincourt und nordöstlich von Avocourt brachten eigene nach Feuervorbereitung durchgeführte Unternehmungen ebenso wie ein überraschender Einbruch in die feindlichen Linien westlich von Bezonvaux zahlreiche Gefangene und einige Maschinengewehre als Beute ein. Im Walde von Ailly versuchten die Franzosen zweimal vergeblich in unsere Gräben einzudringen. Am 1. und 5. Januar wurden im Luftkampf und von der Erde aus 15 feindliche Flugzeuge und 4 Fesselballone abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

Mazedonische Front. Die Lage ist unverändert.

Italienische Front. Beiderseits der Brenta, im Tomba-Gebiet und am Monteello zeitweilig Artilleriekampf.

•

Großes Hauptquartier, 7. Januar 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Stellungsbogen östlich von Ypern und in einzelnen Abschnitten zwischen den von Arras und Peronne auf Cambrai führenden Straßen entwickelten sich am Nachmittag heftige Artilleriekämpfe. Auch zwischen der Miette und der Aisne, beiderseits von Ornes und auf dem Westufer der Mosel war das Artillerie- und Minenfeuer gesteigert. Die Kampftätigkeit der Infanterie blieb auf Erkundungen im Vorfeld der Stellungen beschränkt.

Oestlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

Mazedonische und italienische Front. Die Lage ist unverändert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180107-10/fragment/page=0001

Das Berliner Tageblatt schreibt: Wo der Fehler liegt, wie er begangen wurde, ist jedem, der sehen will, klar. Seit Beginn der Verhandlungen bestürmen, bedrohen, beschimpfen die Alldeutschen, die Annektionswütigen, die Vertreter des unverfälschten Machtprinzipes, und daneben alle politischen Hohlköpfe die deutsche Regierung, und besonders Herrn v. Kühlmann, und um sie zu beruhigen, hat man ihnen, in der Sache oder in der Form, Zugeständnisse gemacht. Man hat sich, unter diesem Druck, nicht unzweideutig zum Selbstbestimmungsrecht der Völker bekennen wollen, und man hat es mit Klauseln belastet, durch wirkliche oder scheinbare Vorbehalte eingeschränkt. Wenn man zu einem wirklich freundschaftlichen Verhältnis mit Rußland kommen wollte, durfte man nicht denjenigen nachgeben, durch deren gedankenloses Treiben und durch deren unheilvollen Einfluß seit Beginn dieses Jahrhunderts die deutsche Politik unablässig auf Irrwege gedrängt worden ist. Wer das deutsche Volk zu einer glücklichen, friedlichen Zukunft führen, den Frieden mit Rußland zu einem dauernden und nutzreichen gestalten, nicht vergiftenden Haß zurücklassen, nicht lauernden Intrigenspinnern neue Möglichkeiten schaffen will, der muß konsequent eine Politik verfolgen, die ihm Vertrauen erwirbt. Mit Konzessionen an diejenigen, die nur auf die Macht pochen, erreicht man das alles nicht.

*

Die Leipziger Volkszeitung schreibt: Die deutsche Regierung will den Machtfrieden. Sie hat bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk den russischen Unterhändlern Vorschläge gemacht, die die russische Regierung als unannehmbar abgewiesen und als illoyalen Versuch bezeichnet hat, um die Bedingungen der Russen herumzukommen. Sie hat den Vorschlag der russischen Regierung, die Friedenskonferenz von Brest-Litowsk nach Stockholm zu verlegen, mit Gründen abgewiesen, die die wahren Gründe der Ablehnung schlecht genug verdecken. Die Verlegung der Friedenskonferenz nach Stockholm wäre eine Maßregel gewesen, die die Beeinflussung der Entente und ihren Anschluß an die Friedensverhandlungen erleichtert hätte. Diese Möglichkeit, auf dem Wege zum allgemeinen Frieden ein Stück weiter vorwärts zu kommen, hat die deutsche Regierung abgewiesen. Die Stunde ist entscheidend, entscheidend für den Frieden mit Rußland, entscheidend für den allgemeinen Frieden. Der Machtwille der deutschen Regierung ist ein Hindernis für den Abschluß eines demokratischen Verständigungsfriedens mit Rußland, und damit für den allgemeinen Frieden. Dieser Machtwille der deutschen Regierung findet Unterstützung bei sämtlichen bürgerlichen Parteien, und die deutschen Regierungssozialisten, die ihre Politik an die der bürgerlichen Parteien gekettet haben, leisten ihm Vorschub. Das diplomatische Spiel ist jetzt enthüllt. Niemand braucht mehr mit der Stange im Nebel herumzufahren. Nicht um die staatliche Selbständigkeit der besetzten Gebiete geht es, sondern um die Frage, ob diese Staaten zu mehr oder minder festgebundenen Vasallenstaaten Deutschlands werden sollen. Heute triumphieren die Alldeutschen. Sie wollen die Fortsetzung des Krieges. „Die Gefahr, daß die Entente sich den Friedensverhandlungen anschließen könnte, ist glücklich vorüber", so sprach Graf Westarp in der letzten Sitzung der Budgetkommission des Reichstages. Diese „Gefahr", die der Friedenssehnsucht des deutschen Volkes als willkommene Neujahrsbotschaft erschienen wäre ist allerdings vorüber. Die Haltung der deutschen Regierung ist alles andere als eine Förderung der Friedensverhandlungen in Rußland. Noch viel schlimmer aber muß sie gegen die Friedensbewegung in den Ententeländern wirken. Die kritischste Stunde des Weltkrieges ist angebrochen. Sie findet uns weiter vom Frieden entfernt als je.

Die Scheidemann-Fraktion.

Berlin, 7. Januar. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat gestern zusammen. Die Beratungen gestalteten sich, wie der Vorwärts sagt, insofern schwierig, als die Materie, der sie galten, sich noch völlig im Fluß befindet. Nach mehrstündiger Debatte beschloß die Fraktion eine Kundgebung, in der sie einmütig das Verhalten ihrer Vertretung im Hauptausschuß billigt und ihre Entschlossenheit bekundet, jedem Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechts zum Zwecke verschleierter Annektionen entschieden entgegenzutreten. — Die Kreuzzeitung sagt, es sei ausgeschlossen, daß eine Annäherung zwischen der sozialdemokratischen und der konservativen Auffassung eintreten könne, und die Konservativen würden wie bisher eine Politik nicht mitmachen, die die bestehenden Grundsätze äußerlich zu überbrücken findet uns weiter vom Frieden entfernt als je

Englische Friedensbedingungen.

Lloyd George erklärt die Kriegsziele der Entente.

Wiederherstellung, Entschädigung, Völkerbund.

London, 6. Januar. Nach einer Reutermeldung berief Premierminister Lloyd George gestern die Vertreter der Gewerkschaften zu sich und gab diesen eine Erklärung über die Kriegsziele, in der er u. a. folgendes sagte: Wir sind an der kritischen Stunde dieses furchtbaren Kampfes angelangt, und bevor eine Regierung eine schwerwiegende Entscheidung über die Bedingungen faßt, unter welchen sie den Kampf beendigen oder fortsetzen soll, muß dem Genüge getan werden, daß das Gewissen der Nation hinter diesen Bedingungen steht. Lloyd George erklärte dann weiter, daß er die Fragen der Kriegsziele mit Asquith, Grey, sowie einigen Vertretern der großen überseeischen Dominien beraten habe, so daß das Ergebnis dieser Erörterungen Anspruch darauf habe, nicht allein als Auffassung der Regierung, sondern der Nation und des ganzen Reiches zu gelten. Er sagte: **Wir führen keinen Angriffskrieg gegen das deutsche Volk**, das von seinen Führern überzeugt wurde, es kämpfe einen Verteidigungskrieg gegen eine Vereinigung neidischer Völker, die auf die Zerstörung Deutschlands aus sind. Das ist nicht der Fall. Eine Zerstörung Deutschlands oder des deutschen Volkes war niemals unser Kriegsziel vom ersten Tage des Krieges an bis heute. **Das englische Volk hat niemals eine Trennung der deutschen Stämme oder die Auflösung des deutschen Staates oder Landes beabsichtigt.**

Deutschland hatte eine große Stellung in der Welt. Es ist nicht unser Wunsch oder unsere Absicht, diese Stellung in der Zukunft in Frage zu stellen oder zu zerstören, sondern Deutschland von seinen Hoffnungen und Plänen einer militärischen Beherrschung abzulenken, damit es alle seine Kraft den großen gemeinnützigen Aufgaben der Welt widme.

Ebenso kämpfen wir nicht, um Oesterreich-Ungarn zu zerstören oder die Türkei ihrer reichen berühmten Besitzungen in Klein-Asien und Thracien, die vorwiegend von der türkischen Rasse bewohnt sind zu berauben.

Ebensowenig sind wir in diesen Krieg eingetreetn, lediglich um die Verfassung des Deutschen Kaiserreiches abzuändern und zu zerstören. Das ist eine Sache, die das deutsche Volk zu entscheiden hat.

Zu den Erklärungen des Grafen Czernin, die dieser am 25. Dezember 1917 im Namen Oesterreich-Ungarns und seiner Verbündeten abgab, sagte Lloyd George: Diese ist bedauerlich unbestimmt. Klingende Worte allein über die Formel: „Keine Annektionen und keine Entschädigungen oder das Recht auf Selbstbestimmung" sind zwecklos. Bevor irgendwelche Verhandlungen begonnen werden können, müssen sich die Mittelmächte der wesentlichen Tatsachen der Lage bewußt werden.

Die ersten Forderungen, die daher die britische Regierung und ihre Verbündeten immer vorangestellt haben, sind

die vollständige Wiederaufrichtung Belgiens,

und eine solche Entschädigung für seine verwüstete Städte und Provinzen, wie sie geleistet werden kann. Dies ist nicht die Forderung einer Kriegsentschädigung, wie sie Deutschland im Jahre 1871 Frankreich auferlegt hat, es ist auch kein Versuch, die Kosten der Kriegshandlungen von einem Kriegführenden auf den andern zu schieben, es ist nicht mehr und nicht weniger, als das feste Bestreben darauf, daß, bevor es irgendeine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden geben kann, dieser große Bruch des öffentlichen europäischen Rechtes seine Zurückweisung erfahren und soweit als möglich gutgemacht werden muß. Solange das internationale Recht nicht durch das Beharren auf Ersatz von Schaden, der in Nichtachtung seiner Grundlagen zugefügt wurde, anerkannt ist, kann es niemals Wirklichkeit sein.

Als Nächstes kommt **die Wiederherstellung Serbiens, Montenegros, sowie der besetzten Teile Frankreichs, Italiens und Rumäniens vollständige Zurückziehung der feindlichen Armee.** Wiedergutmachung von Unrecht, ist die grundlegende Bedingung für einen dauernden Frieden. Wir werden bis zum Untergang an der Seite der französischen Demokratie stehen, in deren Verlangen nach Wiedererwägung (reconsideration) des großen Unrechts von 1871, wo ohne Rücksicht auf die Wünsche der Bevölkerung zwei französische Provinzen aus Frankreich herausgerissen und dem Deutschen Reiche für ein halbes Jahrhundert einverleibt wurden, und bis dieses nicht geheilt ist, können gesunde Zustände nicht wieder eintreten. Es gibt keine bessere Illustration der törichten Bösartigkeit, einen vorübergehenden militärischen Erfolg zur Vergewaltigung eines nationalen Rechts zu benützen.

Rußland ist nunmehr dabei, ohne Verbindung mit den Ländern, die es in den Krieg gezogen hat, Sonderverhandlungen mit dem gemeinschaftlichen Feind zu führen. Ich mache keine Vorwürfe, ich führe lediglich Tatsachen an. Niemand, der Preußen und seine Absichten auf Rußland kennt, kann einen Augenblick über seine letzten Absichten im Zweifel sein. Was für Phrasen es auch immer gebrauchen möge um Rußland einzuwickeln **es liegt in seiner Absicht, eine der Provinzen und Städte Rußlands, die es jetzt besetzt hält, zurückzugeben.** Unter einem oder anderem Namen, welchem ist ja gleichgültig, werden diese russischen Provinzen künftig in Wirklichkeit den Teil eines preußischen Reiches bilden und das übrige Volk Rußlands wird, teils durch blendende Worte verlockt, teils durch Drohungen über die Fortsetzung des Krieges geschreckt, in einen Zustand vollständiger wirtschaftlicher und später auch politischer Sklaverei gegenüber Deutschland getrieben werden. Wir alle bedauern diese Aussicht. Die Demokratie Englands beabsichtigt bis zum letzten den Demokratien Frankreichs und Italiens und aller unserer Verbündeten beizustehen.

Wir werden stolz sein, bis zum Ende Seite an Seite mit der neuen Demokratie Rußlands zu kämpfen. Dasselbe will Amerika, Frankreich und Italien, aber wenn die gegenwärtigen Machthaber Rußlands unabhängig von ihren Verbündeten etwas unternehmen, so haben wir keine Mittel, einzuschreiten, um die Katastrophe aufzuhalten, der ihr Land sicherlich verfallen muß. Wir glauben jedoch, daß

ein unabhängiges Polen,

das alle jene wahrhaft polnischen Elemente umfaßt, die wünschen, einen Teil davon zu bilden, eine dringende Notwendigkeit für das Gleichgewicht in Osteuropa ist. Gleicherweise und obwohl wir mit Wilson übereinstimmen, daß die Auflösung Oesterreich-Ungarns kein Teil unserer Kriegsziele ist, bin ich der Meinung, daß, wenn nicht eine Selbstregierung auf Grund wirklich demokratischer Grundsätze jenen österreich-ungarischen Nationen gewährt wird, die dies solange gewünscht haben, es unmöglich ist, auf eine Beseitigung jener Ursachen in diesem Teile Europas, die so lange seinen allgemeinen Frieden bedroht haben, zu hoffen. Aus denselben Gründen betrachten wir die Befriedigung des natürlichen Anspruches der Italiener auf Vereinigung mit dem Volke gleicher Rasse und Sprache als notwendig. Ebenso beabsichtigen wir, darauf zu dringen, daß den Leuten rumänischen Blutes und rumänischer Sprache in ihren berechtigten Bestrebungen Gerechtigkeit getan werde

Außerhalb Europas glauben wir, daß dieselben Grundsätze zur Anwendung kommen sollen. Während wir keineswegs die Aufrechterhaltung des türkischen Reiches in der Heimat der türkischen Rasse mit Konstantinopel als Hauptstadt in Frage stellen wollen, sind Arabien, Armenien, Mesopotamien, Syrien und Palästina wenn die Durchfahrt zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelländischen Meer internationalisiert und neutralisiert ist unserem Urteil gemäß berechtigt, einer Anerkennung ihrer besonderen nationalen Bedingungen zu erhalten.

Was die deutschen Kolonien anbelangt, so habe ich wiederholt erklärt, daß sie zur Verfügung der Konferenz gehalten werden, deren Entschließung in erster Linie Rücksicht auf die Wünsche und Interessen der eingeborenen Bewohner dieser Kolonien nehmen muß. Keines dieser Gebiete ist von Europäern bewohnt. Deshalb muß das Hauptgewicht darauf gelegt werden, daß in allen diesen Fällen die Einwohner einer ihnen annehmbaren Verwaltung unterstellt werden, deren Hauptaufgabe es sein wird, ihre Ausnützung im Interesse der europäischen Kapitalisten zu verhindern. Die deutsche Erklärung, daß die Eingeborenen in den deutschen Kolonien durch militärische Treue während des Krieges Anhänglichkeit und den Entschluß gezeigt haben unter allen Umständen bei Deutschland zu bleiben, ist nicht auf die deutschen Kolonien im allgemeinen anzuwenden, sondern nur auf eine davon und in diesem Falle (Deutsch-Ostafrika) haben sich die deutschen Behörden nicht die Anhänglichkeit der eingeborenen Bevölkerung im Ganzen, die eine tiefe Abneigung gegen die Deutschen hat und haben wird, gesichert, sondern nur die einer kleinen kriegerischen Klasse, aus der sie ihre Soldaten oder Askaris gewählt haben.

Schließlich muß eine Gutmachung des in Vergewaltigung des internationalen Rechts angerichteten Schadens eintreten. Die Friedenskonferenz darf nicht unsere Seeleute und die Dienste vergessen, die sie der gemeinsamen Sache der Freiheit geleistet, sowie die verbrecherischen Taten, unter denen sie gelitten haben. Es wird auf der ganzen Welt eine Knappheit an Rohmaterialien eintreten, die immer größer wird, je länger der Krieg dauert und es ist unvermeidlich, daß jene Länder, die den Markt für Rohprodukte beherrschen, in erster Linie sich selbst und ihren Freunden werden helfen wollen.

Solange die Möglichkeit eines Streites zwischen den Völkern weiter besteht, d. h., solange Männer und Frauen von Leidenschaften und Ehrgeiz beherrscht werden, und der Krieg das einzige Mittel ist, Streitigkeiten zu schlichten, müssen alle Nationen unter der Last leben, nicht nur von Zeit zu Zeit in einen Krieg einzutreten, sondern auch unter dem Zwange, stets für seinen möglichen Ausbruch vorbereitet zu sein Aus diesen und ähnlichen Gründen sind wir sicher, daß ein großer Versuch gemacht werden muß, zur

Errichtung einer internationalen Organisation,

eine Alternative für den Krieg als Mittel internationale Streitigkeiten zu schlichten, zu schaffen.

Wenn wir gefragt werden, wofür wir kämpfen, so können wir sagen, für einen gerechten, dauernden Frieden, und wir glauben, daß bevor ein solcher erhofft werden kann, die folgenden Bedingungen erfüllt werden müssen:

Erstens muß die Heiligkeit von Verträgen aufgerichtet werden,

zweitens: muß eine Schlichtung von Gebietsfragen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts oder der Zustimmung der regierten Völker gesichert werden,

und schließlich müssen wir durch Schaffung einer internationalen Organisation suchen, die Last der Rüstungen zu beschränken und die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zu vermindern.

Unter diesen Bedingungen würde das britische Reich einen Frieden willkommen heißen, und um diese Bedingungen sicherzustellen, sind seine Völker bereit, noch größere Opfer zu bringen, als die bisher gebrachten.

*

Eine Erklärung des Arbeitervertreters.

London, 5. Januar. In einer Besprechung der Rede Lloyd Georges sagte Henderson, die Arbeiterschaft würde sie insofern willkommen heißen, als sie eine klare Feststellung über die Ziele sei, für deren Verwirklichung wir den Krieg fortsetzen. Die Arbeiterschaft besteht, wie sie immer bestanden hat, auf der vollständigen Freiheit und Unversehrtheit Belgiens, Serbiens, Rumäniens und Montenegros und auf der Schaffung einer festen Grundlage für einen Bund der Nationen und Völker zum Zwecke der Abrüstung und Verhütung künftiger Kriege. Dieses stellt unsere Mindestforderung dar, welche keine Einschränkung duldet, und wenn wir dies erreichen, wünschen wir die vollständige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen und die völlige Abstandnahme von allen Versuchen hinsichtlich eines Wirtschaftskrieges oder Boykotts. Die Ziele der britischen Arbeiterschaft sind die Vernichtung des Militarismus nicht nur in Deutschland, sondern überall. Dies kann nur erreicht werden durch ein klar begründetes gemeinsames Abkommen zwischen den Völkern und eine Regelung auf den Grundzügen internationaler Gerechtigkeit. Die englische Arbeiterschaft heißt die sechs Haupt-Grundsätze warm willkommen, welche durch die russische Regierung niedergelegt worden sind. Sie verwirft ebenso vollständig wie die Bolschewiki selbst jeden Gedanken, der aus dem Kriege nationalistischen oder imperialistischen Nutzen ziehen möchte. Im wesentlichen stimmen wir mit den Bolschewiki überein, ebenso mit Wilson, wie wir aus der von ihm veröffentlichten Erklärung schließen. Aber begreiflicherweise wird nach dem Kriege dieser große Umfang der Anwendung dieser Grundsätze ungeheuer verwickelt werden. Auf diese Frage der Anwendung beruht, wie wir wissen, eine sehr günstige Gelegenheit für jegliche Art hinterlistiger und falscher Vorwände. Gerade hatten wir ein Beispiel dafür in den deutschen Vorschlägen über Polen und Litauen. Wir, die britische Arbeiterpartei, sind aufrichtig und wir haben nicht die Absicht irgendeinen falschen Vorwand zu dulden. Wir fordern die russischen Kameraden auf, überzeugt zu sein, daß wir auf unserer Hut sind vor jeder Verdrehung unserer Grundsätze durch unheilvollen und imperialistischen Ehrgeiz.

Henderson schloß: Ich will jetzt noch einen dringenden und bestimmten Appell an die russischen Kameraden richten: Wenn sie irgendeine Grundlage der Verständigung mit den Mittelmächten für einen allgemeinen Frieden erzielen, so ersuche ich sie, darauf zu bestehen, daß die Mittelmächte diese Grundlage zur Erwägung allen Regierungen und Völkern, die es angeht, unterbreiten werden. Sie können sich dann darauf verlassen, daß die Vertreter der britischen Arbeiterschaft alles tun werden, was in ihrer Macht steht, um darauf zu sehen, daß sie eine deutliche, ehrliche und begründete Antwort erhalten.

Politische Uebersicht.

Wahlrechts-Kuhhandel?

In einer Betrachtung über den Wahlrechtskampf in Preußen macht die Kreuzzeitung folgende Mitteilung:

„Es ist kein Geheimnis mehr, daß im Mai und Juni zwischen Zentrum, Nationalliberalen, Freikonservativen und Konservativen die wesentlichen Grundzüge eines fertigen Gesetzentwurfes über das Wahlrecht vereinbart wurden, dessen Inhalt der Zusage der Osterbotschaft voll entsprochen hätte Der Kanzler v. Bethmann Hollweg lehnte indessen das auf dieser Grundlage gemachte Angebot der vier Parteien ab und führte am 12. Juli die allerhöchste Anordnung der Vorlage eines Gesetzentwurfs mit dem gleichen Wahlrecht unter Umständen herbei, wie sie ungünstiger für das Ansehen der Krone und den weiteren Verlauf der Dinge nicht gedacht werden konnten. Denn damals mußte der königliche Erlaß als eine Konzession an die Sozialdemokratie erscheinen, die während eines brennenden Konflikts gemacht worden war, teils um die Stellung des Kanzlers zu halten, teils um das Land in der höchsten Not vor schwerer Schädigung durch die Sozialdemokraten zu bewahren. Darunter hat die Begründung und Vertretung der im Herbst eingebrachten Vorlage von Anfang an schwer gelitten. Die Regierung, die den wahren Sachverhalt nicht zugeben konnte, mußte deshalb nach unzulänglichen Gründen für das eingebrachte Gesetz suchen."

Der Inhalt der hier geschilderten Wahlrechts-Vereinbarungen ist in der Oeffentlichkeit bis jetzt allerdings noch nicht bekannt geworden. Auch die näheren Umstände dieses mißlungenen Kuhhandels sind für weite Kreise völlig neu. Den Zweck, den die Kreuzzeitung mit dieser Veröffentlichung verfolgt, ist unschwer zu erkennen: die Verhandlungen über die Wahlreform sollen erschwert werden, insbesondere dadurch, daß man die Parteien, die der Reform nicht ablehnend gegenüberstehen, gegeneinander ausspielt. Unter diesen Umständen dürfte dem Zentrum wie den Nationalliberalen nichts weiter übrig bleiben, als das Ergebnis des seinerzeitigen Kuhhandels zu veröffentlichen.

Finnlands Unabhängigkeit anerkannt.

Berlin, 6. Januar. Nachdem die russische Regierung erklärt hat, daß sie zur sofortigen Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands bereit sei, sobald ein Antrag der Finnen vorliege, und nachdem die finnische Regierung einen entsprechenden Schritt in Petersburg getan hat, der entgegenkommend aufgenommen worden ist, hat Seine Majestät der Kaiser den Reichskanzler unter dem 4. dieses Monats beauftragt, den hier anwesenden Bevollmächtigten der finnischen Regierung, Staatsrat Hielt, Professor Erich und Direktor Sario, namens des Deutschen Reiches die Anerkennung der finnischen Republik auszusprechen. Graf von Hertling hat in Anwesenheit des Unterstaatssekretärs, Freiherrn von dem Busche, die drei Bevollmächtigten heute empfangen und ihnen die Anerkennung seitens Deutschlands erklärt. (Amtlich.)

Frankreich hat ebenfalls Finnlands Unabhängigkeit anerkannt.

Brantings Ministerschaft zu Ende.

Stockholm, 5. Januar. Nachdem der Minister und Chef des Finanzdepartements Hjalmar Branting infolge beglaubigter Krankheit um die Entlassung aus seinem Amte ersucht hat, hat der König den Minister Branting seines Amtes enthoben und den Bevollmächtigten der Reichsbank und sozialistischen Abgeordneten Thorsson zum Minister und Chef des Finanzdepartements ernannt.

Gründung von Soldatenräten in Spanien.

Madrid, 6. Januar. Der Kriegsminister erklärte gestern, er habe erfahren, daß unter den Unteroffizieren eine Bewegung im Gange sei, um Verteidigungsjunten zu gründen. Er habe versucht, dies zu verhindern, doch hätten die Unteroffiziere Versammlungen veranstaltet. Außerdem verkehrten sie zwischen den einzelnen Garnisonen mittels chiffrierter Schrift. Der Kriegsminister hat den Ministerrat von den ergriffenen Maßnahmen verständigt. Der Führer der Unteroffizier-Junten ist verschwunden. Die Lage in den Kasernen in der Provinz ist normal. Die verfassungsmäßigen Bürgschaften werden einstweilen nicht aufgehoben werden. — Der Unterstaatssekretär des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180107-10/fragment/page=0002
DFG

Innern hat bekanntgegeben, daß die Verabschiedung mehrerer Sergeanten sich ohne Zwischenfall vollzogen habe. Die entdeckten Papiere seien einem Kriegsgericht übergeben worden.

Schweizerisch-deutscher Zwischenfall. Bern 5. Januar. Der schweizerische Gesandte in Berlin wurde beauftragt, der deutschen Regierung das Bedauern des Bundesrates auszusprechen über dem Zwischenfall auf dem Bodensee, wo infolge des Uebereifers eines Unteroffiziers ein deutscher Dampfer vom schweizerischen Boden aus beschossen worden war.

Aus der Partei.

Pernerstorffer gestorben.

Wien, 6. Januar. Der sozialdemokratische Reichsratsabgeordnete und Vizepräsident des österreichischen Abgeordnetenhauses Engelbert Pernerstorffer ist achtundsechzigjährig gestorben.

Seine Verdienste um die Partei liegen besonders in der Vergangenheit. Als die österreichische Partei geächtet, verfolgt und mundtot gemacht war, ergriff der damals noch bürgerliche Demokrat ihre Sache, verteidigte sie und machte sie zu der seinen. Er wurde Sozialdemokrat und hat in Reden und besonders in Schriften sehr viel für die Sache der Arbeiterklasse und auch der Internationale getan. Der Dank dafür und das Andenken beim sozialistischen Proletariat bleibt ihm sicher.

Rußland.

Regelung der Arbeit. Petersburg, 4. Januar. Infolge starker Schneestürme ist die Ankunft von Lebensmitteln und Kriegslieferungen und ihre Abfuhr auf den Straßen gestört, ebenso der Verkehr der Straßenbahnen, Automobile und Wagen. Um die Straßen und Transportwege zu räumen, ist am 4. Januar ein **allgemeines öffentliches Arbeitsamt eingerichtet worden.** Die Durchführung dieses Planes ist den Regiments- und Eisenbahnerausschüssen übertragen worden. Mit der allgemeinen Ueberwachung der Ausführung dieses Erlasses sind die Bezirks-Sowjets und die Arbeiter- und Bauernabgeordneten beauftragt worden. **Leute, welche keine nutzbringende Arbeit tun, werden zuerst zu der Arbeit gezwungen werden.**

Kerenskis Bankkonto. Petersburg, 6. Januar. Auf dem Bankkonto Kerenskis wurde ein Betrag von 317 000 Rubel aufgefunden. Wahrscheinlich wird das Geld zugunsten der Opfer der Offensive vom 18. Juni verwandt werden.

Ordnung des Finanzwesens. Petersburg, 5. Januar. Der Betrieb der Staatsbank ist fast vollständig wieder in Gang und arbeitet vollkommen normal. Es sind 650 neue Beamte angestellt worden. 400 alte Beamte haben die Arbeit wieder aufgenommen. Wie in den Bankgeschäften erfahrene Geldleute vermuten, werden nach einer Ueberprüfung der Geldfächer der Banken zwei oder drei Milliarden Rubel in den Staatsschatz der Reichsbank abgeliefert werden können, da viele Fächer Gold enthalten, das laut Erlaß der Regierung der Volksbeauftragten der Beschlagnahme verfallen ist.

Aus der Provinz.

Zur Beseitigung der Wohnungsnot in der Provinz Sachsen, die sich schon jetzt stark bemerkbar macht, hat die Siedlungsgesellschaft Sachsenland zu Halle alle Vorbereitungen getroffen, um mit der Bautätigkeit für Kleinsiedlungen, sowie es die Verhältnisse zulassen, in großzügiger Weise zu beginnen. Die Bebauungspläne für die Siedlungen in nachstehend genannten Orten sind ausgearbeitet und festgelegt. Die Bauarbeiten können, sowie es die Zeitumstände zulassen, zum Vertrag gebracht werden. **Folgende Kleinsiedlungen sind geplant:** In Ammendorf bei Halle 70 Stellen, Bleicherode, Kreis Nordhausen, 120, Groß-Wusterwitz bei Brandenburg 800, Groß-Kayna, Kreis Weißenfels, 30, Suhl 60, Heinrichs bei Suhl 175, Möser bei Magdeburg 250, Modelwitz, in der Nähe Leipzigs, 700, Naumburg 20, Neuhaldensleben 30, Worbis, Eichsfeld, 50, Piesteritz bei Wittenberg 206, Reideburg bei Halle 1200, Sömmerda bei Erfurt 150, Seehausen, Kreis Osterburg, 20, Tangerhütte bei Stendal 40, Wolmirstedt bei Magdeburg 150, Arneburg, Kreis Stendal, 100, Annaburg, Kreis Torgau, 50, Oebisfelde, Kreis Gardelegen, 100, Erfurt 500, Mühlhausen in Thüringen 150, Oschersleben 60, Zeitz 120, also über 5000 Häuser. Die Bautätigkeit in der Provinz Sachsen dürfte durch diese Pläne einen raschen Aufschwung nehmen.

Merseburg. Das Adreßbuch für 1918 ist soeben erschienen. Den Vorbestellern ist es bereits ausgehändigt worden. Wer den Bestellungstermin versäumt hatte, kann jetzt noch ein Buch erhalten. Die Ausgabe findet während der Dienststunden statt durch den Polizeiinspektor Kops (Rathaus, Erdgeschoß). Der Preis des Buches beträgt 3,50 Mk.

Schkeuditz. Der Unterricht an der gewerblichen Fortbildungsschule beginnt Dienstag, den 8 Januar.

Altranstädt. Verwegene Diebe haben beim Gutsbesitzer Burkhardt eingebrochen. Im Stalle befanden sich zwei Schweine. Das eine, 1¼ Zentner schwer, wurde an Ort und Stelle abgeschlachtet und dazu die Axt vom Nachbar geholt, bei dem andern Schweine wirkte der Schlag nicht tödlich, es mußte am andern Tag abgeschlachtet werden. Ferner wurden von den Dieben, von denen bisher jede Spur fehlt, sofort abgeschlachtet 9 Enten, 6 Gänse und 20—25 Hühner.

Baumersroda. Das Schwein aus dem Stalle gestohlen und mittels Handschlitten fortgeschafft wurde der Witwe Bartel. Die arme Frau wollte ihr Schwein am kommenden Sonntag schlachten. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Klostermansfeld. Bestrafter Raufbold. Zu drei Monaten Gefängnis wurde der Messingarbeiter Wilh. Walter von hier vom Mansfelder Schöffengericht verurteilt. W. hat mit dem Maurer Schulze, mit dem er in demselben Hause wohnt, Streitigkeiten gehabt und ihn dabei mit einem Rollholze dermaßen über den Kopf geschlagen, daß Schulze eine Wunde am Kopfe davontrug.

Delitzsch. Städtischer Käseverkauf. In der städtischen Verkaufsstelle in der Zscherngasse wird auf Abschnitt Nr. 151 je ein Käse zum Preise von 20 Pfg. das Stück, auf nachstehende Lebensmittelscheine abgegeben am: Dienstag, dem 8. d. M., Nr. 561—630 nachmittags 1½—2 Uhr, Nr. 631 bis 735 2—3 Uhr, Nr. 736—875 3—4 Uhr, Nr. 876—1015 4—5 Uhr, Nr. 1016—1155 5—6 Uhr; Mittwoch, dem 9. d. M., Nr. 1156—1225 nachmittags 1½—2 Uhr, Nr. 1226—1295 2—3 Uhr, Nr. 1296—1400 3—4 Uhr, Nr. 1401—1505 4—5 Uhr, Nr. 1506—1610 5—6 Uhr; Donnerstag dem 10. d. M., Nr. 2066—1680 nachmittags 1½—2 Uhr, Nr. 1681—1750 2—3 Uhr, Nr. 1751—1855 3—4 Uhr, Nr. 1856—1960 4—5 Uhr, Nr. 1961 bis 2065 5—6 Uhr; Freitag, dem 11. d. M., Nr. 2066—2135 nachmittags 1½—2 Uhr, Nr. 2136—2205 2—3 Uhr, Nr. 2206—2310 3—4 Uhr, Nr. 2311—2380 4—5 Uhr, Nr. 2381—2480 5—6 Uhr.

Bitterfeld. Vom Zuge überfahren wurde der Gefangenentransporteur Wilhelm Schuster von hier. Er war beauftragt, eine Kranke nach der Heilanstalt Uchtspringe zu überführen. Auf dem Bahnhof in Magdeburg warf sich die Kranke, ein 19jähriges Dienstmädchen, plötzlich vor den einfahrenden Personenzug. Sch. wollte dieselbe zurückreißen und wurde ebenfalls mitüberfahren. Dem Vernehmen nach ist ihm ein Bein abgefahren worden, während das Mädchen eine schwere Kopfverletzung erlitt. Beide Verletzte wurden dem Altstädter Krankenhaus in Magdeburg zugeführt.

Wittenberg. Der Betrieb der Pferdebahn mußte infolge der schwierigen Futterverhältnisse jetzt endgültig eingestellt werden. Er dürfte auch nach Beendigung des Krieges kaum wieder eröffnet werden, da die Erbauung einer elektrischen Straßenbahn für Wittenberg und den angrenzenden Industriebezirk geplant wird.

Kleinwittenberg. Eine gewerbsmäßige Schwindlerin, die sich mit Dienstmütze und Litewka bekleidet als Eisenbahnangestellte bei einer Frau Pfeifer eingemietet hatte, stahl die ihrer Wirtin gehörenden Bettbezüge und sämtliche Lebensmittel einer anderen Mitbewohnerin. Bei den sofort angestellten Nachforschungen wurde festgestellt, daß man es mit einer erwerbsmäßigen Schwindlerin zu tun hat. Es handelt sich um die wegen Diebstahls und Betrügereien gesuchte ehemalige Eisenbahnschaffnerin Rosenstiel aus Plauen.

Weißenfels. Lebensmittelvergiftung? In der Naumburger Straße 85 verstarben ganz plötzlich und ohne erkennbare Ursache zwei Kinder des Weichenstellers Horack, Jungen im Alter von zehn und zwölf Jahren. Ob die Mutmaßung einer Lebensmittelvergiftung sich bestätigt, wird die von der Staatsanwaltschaft sofort angeordnete Leichenöffnung ergeben. Auffallend ist, daß die im gleichen Hause wohnende Witwe Korn ebenfalls tot aufgefunden wurde. Ob auch hier eine Lebensmittelvergiftung oder eine mögliche Rauchvergiftung vorliegt, kann gleichfalls erst durch die Leichenöffnung festgestellt werden.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 7. Januar 1918.

Schamlose Preistreiberei!

Unter der Ueberschrift: Zahlen erröten nicht! schreibt der Türmer: Man ist bei allen Waren, die nicht unter Höchstpreis stehen, jetzt förmlich schon gespannt, wie weit die Schamlosigkeit in den Forderungen noch gehen wird. Man glaubt immer wieder, nun endlich an der äußersten Grenze zu stehen, weil weitere Steigerung doch Wahnwitz wäre. Aber der Zeiger der Geschäftsuhr steht auf Unendlich, und ob es Wahnwitz ist, daß ein Anzug bald ein kleines Jahresgehalt verschlingt, das kümmert die Geschäftswelt nicht. Seltsam ist es aber, höchst seltsam, daß die Regierung immer noch mit verschränkten Armen steht. Und ebenso seltsam, daß der Reichstag, der doch so rührigen Anteil an der Reichsleitung nehmen will, unbekümmert an all diesen inneren Wirtschaftsfragen vorübergeht. Einige wenige energische Worte müßten bei der jetzigen großen Macht des Reichstages doch wohl genügen. Es scheint niemanden anzugehen, daß zwar nicht im Kriege, aber doch mit Anbruch des Friedens eine völlige Katastrophe über unser Wirtschaftsleben hereinbrechen muß, wenn keinerlei Vorkehrungen dagegen getroffen werden. Wenn sich doch die Ueberzeugung durchringen möchte: Es ist viel weniger eine Kriegs- als eine Friedensfrage, diesen Preistreibereien entgegenzuwirken, wenn nicht das gesamte Wirtschaftsleben nach dem Kriege auf den Kopf gestellt werden soll, weil einige wichtige Stoffe und Artikel nicht den ihnen gebührenden Platz in der Wertskala einnehmen wollen.

Gewiß, bis in jede Kleinigkeit läßt sich nicht eingreifen; aber große Gebiete, zumal solche, die zum allgemeinen Bedarf gehören, dürfen nicht ungefaßt bleiben. Das einträglichste Geschäft für die Kriegsgewinner ist augenblicklich der Tuch- und Stoffhandel. Es klingt fabelhaft, wenn man hört, daß augenblicklich für einen Anzug 700 bis 800 Mark verlangt werden dürfen, daß Kleiderstoffe um 1000 Prozent gegen Friedenspreis gestiegen sind; daß für Hüte das Fünffache, für Schirme das Vierfache verlangt wird; daß Kinderschürzen von 1 bis 2 Mark Friedenswert 10 bis 12 Mark kosten; daß Papierstoffe trotz der geringen Herstellungskosten auf 10 Mark für den Meter stehen; kurz, ein völliger Wahnwitz beherrscht den Tuch- und Stoffmarkt. Auf anderen Gebieten ist es ebenso. Kochtöpfe kosten gleichfalls das Acht- bis Zehnfache des Friedenspreises, jedes kleine Küchengerät muß mit Markstücken aufgewogen werden, und wenn es nur ein Stückchen Holz mit ein paar Bürstenhaaren ist. Leitungslitze für Elektrizität ist von 50 Pf. auf 3 Mark gekommen. Glas hat den drei- bis vierfachen Preis erlangt, Siegellack kostet gar das Fünfzehnfache. All die wüste Spekulation, die die Regierung angeblich auf dem Lebensmittelmarkt mühsam zurückgedrängt hat (?), bricht an anderen Stellen wieder aus. Es ist eine wahrhaft „blutige“ Ironie: um unserer Industrie willen sind wir in den Krieg geraten, und Handel und Industrie — — Es ist noch keine Zahl errötet.“

Der Sonnenwirt.

57]

Roman von Hermann Kurz.

„Der Herr Vetter zeigt den richtigen Weg an,“ versetzte Friedrich. „Wenn ich in das Häusle einzög“, so tät mich mancher, wie jetzt der Herr Vetter, dann den neuen Kübler heißen. Nun bleib' ich zwar dabei, daß er besser gewesen ist, als man ihn ausgibt, aber darum will ich doch nicht mit meiner Christine in dem Häusle wohnen, und so angesehen sein wie der Kübler mit seinem Weib. So wird's gewiß jedem andern auch gehen, und daran können die Herren abnehmen, ob's mein Vater ehrlich mit mir meint, wenn er sagt, er woll' mir das Häusle kaufen. Wiewohl, ich glaub' gar nicht, daß der Gedank' in seinem Kopf gewachsen ist.“

„Item,“ hob der Pfarrer wieder an, „soll Er gesagt haben, Sein Vater henke sein Geld lieber an die Stallmägde, als daß er Ihm helfe.“

„Das ist verlogen!“ fuhr Friedrich auf. „Mein Vater sollt' sich schämen, daß er sich solche Flöh' in die Ohren setzen läßt, da er doch recht gut wissen könnt', woher sie kommen.“

„Item,“ fuhr der Pfarrer fort, „habe Er mit Gewalt von Seinem Vater Geld haben wollen, daß Er Dispensation wegen Seiner Minorennität bekomme.“

„Ja, das hab' ich von ihm haben wollen,“ fiel Friedrich ein, „und deswegen ist mir das Trinkgeld, mit dem er mich hat abspeisen wollen, viel zu wenig gewesen. Ich weiß nicht, wie's mein Vater und mein Pfleger miteinander haben: wenn ich von dem einen Geld will, so schickt er mich an den andern. Das aber weiß ich, daß ich das Recht hab' meine Minderjährigkeit abzukaufen, damit ich nicht mehr bei meinem Vater um Heiratserlaubnis zu betteln brauch“; und wenn ich die Dispensation mit meinem eignen Geld bezahl', so wird niemand, hoff' ich, was dawider haben.“

„Er soll dabei gesagt haben, wenn Er nur Geld habe, so brauche Er keinen Pfarrer und keinen Amtmann dazu. Summa Summarum klagt Sein Vater, Er folge ihm nicht, schaffe ihm nichts, gehe nur müßig, sei in der Nacht draußen, und erst am Sonntag habe Er gesagt, der Teufel solle das Geschäft holen, Er wolle ihm keine Arbeit mehr tun, er helfe Ihm ja nicht. Es bittet anbei sein Vater, weil er vor Ihm niemals, weder Tag noch Nacht, sicher sei, so möchte man ihm Sicherheit verschaffen vor Ihm und Ihn also verwahren, daß Er sich an niemand vergreifen und niemand schaden könne.“

„Mein Vater ist kein Mann, wenn er das behauptet,“ erwiderte Friedrich. „Ich hab' noch nie in meinem Leben Hand an ihn gelegt, ich hab' mich nicht einmal, seit ich aus den Bubenjahren herausgewachsen bin, so viel ich auch Ursach' hätt', an meiner Stiefmutter vergriffen. Vom Schaffen sag' ich gar nichts.“

„Wie kannst du sagen, dein Vater sei kein Mann!“ rief der Vormund.

„Er ist kein rechter Mann, ich behaupt's noch einmal. Er hat mir zugetraut, ich werd' mein Mädle betrügen und mein leiblich's Kind verleugnen. Das tut kein rechtschaffener Mann. Dann ist er in der Hand meiner Stiefmutter wie ein Rohr, das im Wind hin und her schwankt: das eine Mal sagt er, er gebe nie seinen Konsens zu meiner Heirat, das andere Mal will er mir des Küblers Häusle dazu kaufen.“

„Hat Er das vierte Gebot ganz vergessen,“ rief der Pfarrer, „daß Er im Beisein Seines Vaters und vor uns so verächtliche Reden wider ihn ausstößt und den kindlichen Respekt ganz hintansetzt? Aber freilich, Er macht's der Obrigkeit auch nicht besser, Er sagt ja, wenn Er Geld habe, so brauche Er keinen Pfarrer und keinen Amtmann, um Seinen Kopf durchzusetzen.“

Friedrich warf einen Blick ingrimmiger Verachtung auf den Pfarrer. „Der Herr Amtmann,“ sagte er, „wird wohl wissen, daß seine Macht nicht über die ganze Welt reicht, und daß auch noch eine Obrigkeit über ihm ist. Was aber Sie, Herr Pfarrer, anbelangt, so haben Sie meinem Schwäh'rvater mit Drohungen das Versprechen abgepreßt, daß er seiner Tochter und mir die Einwilligung verweigere. Sie nennen das, was zwischen zwei jungen Leute vorgeht, die einander lieb haben, eine böse Tat. Ist ein Seelsorger nicht dazu da, daß er böse Taten in der Gemeinde gut machen hilft? Ist er nicht dazu da, daß er die Gefallenen wieder aufrichtet? Ist er nicht dazu da, daß er den unterstützt, der den guten Willen hat, das Geschehene ungeschehen oder doch wenigstens wett und eben zu machen? Sie wissen von Amts wegen, daß ich geschworen hab', meiner Christine mein Wort zu halten und sie zu heiraten, und Sie wollen dahin arbeiten, daß ein Schaf aus Ihrer Herde mit Gewalt meineidig gemacht werden soll? Sie schärfen von der Kanzel und in der Kinderlehre die Pflichten zwischen Eltern und Kindern ein, und Sie muten einem Vater zu, daß er seine Tochter soll zur ** werden lassen?“

Er wollte fortfahren, aber der allgemeine Tumult übertäubte ihn. Mit Ausnahme des Amtmanns, der behaglich sitzen blieb, war der ganze Konvent aufgestanden und donnerte auf den frechen Redner hinein. Besonders heftig eiferte der Pfarrer, dessen kleine magere Gestalt sich seltsam von dem wohlbeleibten Umfange seines weltlichen Mitbeamten neben ihm unterschied. Da er in dem Geschrei der übrigen Mitglieder, welche ihn gegen die Lästerungen des Angeklagten in Schutz nehmen zu müssen glaubten, mit seiner Stimme nicht durchdringen konnte, so setzte er sich schnell wieder, ergriff die Feder und schien sich heftig schreibend im Protokoll Recht verschaffen zu wollen.

Als der Tumult verstummte, sagte der Amtmann zum Pfarrer: „Haben Sie auch im Protokoll angemerkt, Herr Pfarrer, wie rechtfertig er ist?“

„Jawohl, Herr Amtmann,“ antwortete der Pfarrer mit großer Befriedigung und zeigte ihm das Protokoll. „Sehen Sie, hier steht's schon geschrieben: „Bei aller seiner äußersten Bosheit will er immer noch recht haben.““

„Ich hoff', es ist noch eine Gerechtigkeit über uns,“ versetzte Friedrich, „Ebersbach ist noch nicht die Welt, ich will mich schon vor dem Herrn Vogt und Spezial verantworten. Euer Protokoll und Bericht, Ihr Herren, ist nicht nötig.“

„Schweig Er nur jetzt still,“ sagte der Amtmann ruhig, „Sein Maß wird nachgerade ziemlich voll sein. Uebrigens bin ich der Meinung, Herr Pfarrer, daß der Kläger zum Schluß aufgefordert werden solle, zu erklären, ob er denn seinen Konsens zu der Heirat noch nicht geben wolle.“

„Jawohl,“ sagte der Pfarrer, „die Frage ist der Form wegen notwendig, und ich stelle sie hiermit an den Herrn Sonnenwirt.“

Der Sonnenwirt war bestürzt darüber, daß die beiden Vorgesetzten, deren Ansichten er doch hauptsächlich bis jetzt gefolgt war, sich gegen ihn einer Fragestellung bedienten, die ihn gleichsam im Stiche ließ. Er kratzte sich hinter dem Ohr und stotterte endlich: „Ich weiß nicht, was ich tun soll, ich sehe eben nichts anderes voraus, als daß es sein Verderben ist.“

„Gut,“ sagte der Pfarrer. „Es können nunmehro beide abtreten, und wird das alles ans Oberamt berichtet werden.“

Vater und Sohn gingen miteinander vom Rathause fort und nach Hause, ohne unterwegs ein Wort miteinander zu reden.

Sie waren nicht mehr weit von der Sonne entfernt, als eine Stimme über ihnen rief: „Herr Sonnenwirt, schämt er sich nicht, Seinen Sohn vor Kirchenkonvent zu verklagen, wo die alten Weiber hinlaufen?“

(Fortsetzung folgt.)

Kurzwaren

für Schneiderinnen und für den Hausbedarf.

Besonders empfehlen:

Druckknöpfe, schwarz und weiss	Dtz.	20	13	**10**	Pf.
Stopfgarn, auf Kärtchen schwarz u. grau	Karte	55	35	**30**	Pf.
Stecknadeln	Brief	15	10	**5**	Pf.
Haarnadeln	Brief	15	8	**6**	Pf.
Taillen-Verschlüsse . .	Stück	35	30	**22**	Pf.
Haken u. Augen, weiss,	Brief	16	13	**5**	Pf.
Nähseide, 50 Meter . . .	Spule	28	24	**16**	Pf.
Kragen-Stäbch., 5, 6, 7 u. 8 cm hoch	Dtz.	35	27	**20**	Pf.
Kragen-Einlage	Meter	30	25	**20**	Pf.
Schuhsenkel, 80 u. 100 cm l.	Paar	45	35	**29**	Pf.

Geschäftshaus 8480

J. Lewin

Halle a. d. S., Marktplatz 2 und 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180107-10/fragment/page=0003

Neue Wege für den Städtebau.

Die Vereinigung Berliner Architekten, Ortsgruppe Groß-Berlin des Bundes Deutscher Architekten, hat den in Betracht kommenden Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden eine Denkschrift überreicht, die auf den Arbeiten und Untersuchungen des im Mai 1917 verstorbenen Geh. Baurats Heinrich Kayser beruht und der großstädtischen Bebauung neue Wege weist. Die Grundlage dieser neuen Städtebaukunst beruht in der kubischen Berechnung der Bebauung von Grundstücken, d. h. es wird nicht wie jetzt der Flächeninhalt des Grundstücks, sondern der umbaute Raum, der ganze Baukörper, den Berechnungen über die Ausnutzung der Grundstücke zugrundegelegt. Die Denkschrift weist die Notwendigkeit dieser neuen Berechnungsart an der Hand der unglücklichen baulichen Entwicklung Berlins und seiner Vororte nach.

Das System der Berechnung des umbauten Raums anstatt der bloßen Flächenberechnung führt dazu, daß nicht das einzelne Haus, das heute im großstädtischen Stadtbild nicht mehr die künstlerische Einheit darstellt, sondern der ganze Baublock zur Grundlage der Bebauung und architektonischen Gestaltung gemacht werden muß. Jeder Baublock muß ein architektonisches Ganzes werden. Die Denkschrift sucht an der Hand von Beispielen und Gegenbeispielen nachzuweisen, daß nicht nur die äußere Erscheinung der Häuser durch ihre Zusammenfassung zum Baublock, sondern auch die wohnlichen und gesundheitlichen Zustände im Innern der Häuser gebessert werden. Die Denkschrift schlägt schließlich eine Reihe von Einzelbestimmungen vor: über die Beschränkung der Grenzbebauung, wodurch für jeden Baublock ein einziger zusammenhängender Innenhof entsteht, und über die Ausnutzbarkeit nach der Körperberechnung, dem umbauten Raum, wobei die Bestimmungen sich an die alte Bauordnung anlehnen könnten. Voraussetzung hierfür ist, daß die Bearbeitung des Entwurfs eines Baublocks in die Hand eines Architekten gelegt wird.

---

* Die Neue Welt ist mit der letzten Ausgabe für 1917 unseren Lesern zum letzten Male zugestellt worden, weil der Verlag sie als Sonderbeilage wegen Mangel an hierfür geeignetem Papier vorläufig nicht mehr herausgibt. Der Vorschlag des Verlags, sie durch Maternbezug und Selbstdruck allen Volksblattlesern zugänglich zu machen, ist für uns zurzeit wegen Papierknappheit nicht durchführbar.

* 33 Mark für ein Pfund Schokolade! Eine Leserin teilt der L. V. mit, daß sie am Weihnachtsheiligabend in einem Delikatessengeschäft in der Dresdener Straße in Leipzig neben andern schönen Sachen auch Schokolade ausliegen sah. Natürlich fragte sie auch nach dem Preise. Die Frau versichert, daß sie beinahe einen Ohnmachtsanfall bekommen hätte, als ihr der Pfundpreis die nette Summe von dreiunddreißig Mark (!) genannt wurde. Da auch die Herstellung von Schokolade Vertrauenssache ist, weil man nie feststellen kann, welche „Zutaten“ (Zucker, Mehl, Kartoffelmehl usw.) manchmal den Hauptbestandteil der „Schokolade“ bilden, so ist natürlich Preiswucher nicht ausgeschlossen, zumal, da jetzt noch obendrein alles, was einen hohen Preis hat, unter der Marke „Auslandsware“ geht.

* Der Vertrieb von Sohlenschonern wird in einer Bekanntmachung der Ersatzsohlen-Gesellschaft dahin geregelt, daß er zwar noch bis zum 28. Februar 1918 gestattet ist, jedoch nur für solche Sohlenschoner, die aus kernigem Blank- oder Bodenleder ausgestanzt sind und eine Stärke von mindestens zwei Millimeter haben. Hierdurch ist die Bevölkerung vor dem Verkauf von unbrauchbaren Sohlenschonern nach Möglichkeit geschützt. Gleichzeitig trat die Ersatzsohlen-Gesellschaft einer Ausbeutung der Käufer dadurch entgegen, daß sie in der neuen Bekanntmachung eine Preisbegrenzung für die noch vertriebsfähigen Arten von Sohlenschonern einführte. Alle diese Beschränkungen gelten nur für lederne Sohlenschoner, nicht auch für solche, zu deren Herstellung Holz verwandt wird.

* Die Kriegsgefangenen-Fürsorge des Roten Kreuzes bei Herrn Juwelier Tittel, hier, ist Dienstag, den 8. Januar, nur für Angehörige von deutschen Kriegsgefangenen in rumänischer Kriegsgefangenschaft geöffnet. Alle in anderen Angelegenheiten Rat- und Hilfesuchenden bittet Herr Tittel, sich an einem anderen Tage während der Sprechstunden einzufinden.

* Tagesordnung für die außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag, dem 10. Januar 1918, nachmittags 4 Uhr. Oeffentliche Sitzung. Neuwahl der Deputationen und Ausschüsse. Aenderung der Gewerbesteuerordnung. Aenderung des Theatervertrags. Gesuch um Erhöhung von Bezügen. Haushaltsplan für das Hospital. Haushaltsplan für die Müller-Stiftung. Annahme eines Legats. Aenderung der Vorgartenfluchtlinie Liebenauer-Ecke Ladenbergstraße. Landenteignung am Schlippenberg. Verbreiterung der Unterführung der Zietenstraße und Aenderung der Höhenlage. Gesuch um Ermäßigung von Straßenausbaukosten. — Nichtöffentliche Sitzung. Annahme eines Kapitals für Grabpflege. Pensionierung eines Beamten. Anstellung eines Beamten. Schiedsmanswahl. Armenpflegerwahl.

* Im Stadttheater wird heute, Montag, die Oper Undine von Lortzing gegeben. Dienstag geht Nathan der Weise in Szene. Am Mittwoch gelangt die Oper Othello von Verdi zur Aufführung. Inszeniert ist das Werk von Leopold Sachse, musikalisch vorbereitet von Oskar von Pander. Donnerstag Alt-Heidelberg, Freitag Doktor und Apotheker, Sonnabend geht zugunsten des Nationalen Frauendienstes Halle erstmalig Susannens Geheimnis von Wolf-Ferrari, vorher Die Geschwister von Goethe, zum Schluß Tanzbilder in Szene. Das Weihnachtsmärchen Aschenbrödel gelangt in der kommenden Woche am Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend, nachmittags 3½ Uhr, zur Aufführung.

Ofendorf. Eingebrochen wurde nachts in die Gefangenenküche der Riebeckschen Ziegelei. Da die Einbrecher Brauchbares nicht vorfanden, so verunreinigten sie die Küche. Dem Schausteller Rosche wurden Lebensmittel und einige Flaschen Wein mittels Einbruchs aus dem Keller gestohlen.

Radewell. Hühnerdiebstahl. Zweimal von Einbrechern heimgesucht wurde in wenigen Wochen der Privatmann Michaelis. Das erstemal wurde ein Teil seines Hühnerbestandes gestohlen und kürzlich der Rest.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches und Allerlei Paul Hennig; Feuilleton, Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Karl Bock; Anzeigen Wilhelm Herzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Walhalla-Theater. ¾8 Uhr.
Gastspiel der Operetten-Gesellschaft
Curt Olfers mit Gustav Bertram a. G.
Neu! Neu!
Das Fräulein vom Amt
Operette von Jean Gilbert. 3485
— In Berlin über 300 Aufführungen! —
Kasse 10—1½ und 4—6 Uhr.

Halle. **Thalia-Festsäle.** Halle.
Nur kurzes Gastspiel
des deutschen Zauberkönigs
Bellachini jr.
mit seiner Illusions-Gesellschaft.
Ein Riesen-Weltstadt-Programm.
Montag, den 7. Januar, 7½ Uhr abends:
Extra-Elite-Vorstellung.
Preise der Plätze: Numerierter Platz 2.70 Mk., 1. Platz 1.75 Mk., 2. Platz 1.20 Mk., Galerie 0.85 Mk.
Vorverkauf: Nur im Restaurant Thalia-Festsäle von 11—1 Uhr und ab 6 Uhr nachmittags.
Am 8. und 9. Januar: Keine Vorstellungen wegen Vorbereitung einer neuen Illusion.
*1836 Die Direktion.

3402 Achtung! Neu! Neu!

Altenburger Hof.
Am Alten Markt. Eingang Kutschgasse.
Täglich: Gr. Konzert der Hauskapelle.
Um regen Zuspruch bittet Frau F. Kampe.

Bonbon wieder eingetroffen!
10% Rabatt auf nachstehende Artikel:
Hautcreme „Santcura“, erstkl. Qualität, reich fetthaltig,
Mandelkleie in Pak. von 25 Pfg. an,
Rasiercreme in Tub. u. Töpfen, bewährte Qualitäten,
Kopfbürsten, Schwämme, Kopfwaschpulver, Watten und Binden aller Art, Kopf- u. Mundwasser (noch Spiritus-Ware), Zahnpasta, Ia. Qualität, Blumengerüche, erstkl. Firmen etc. etc. Verkauf: Gr. Brauhausstr. 9, Lagerräume vorm. von 9-12 Uhr, nchm. von 3-5 Uhr. Sonnt. geschl.
Schwanen-Drogerie. *1832

Ansichts-Postkarten
empfiehlt Die Volks-Buchhandlung.

Alte Promenade IIa. Fernruf 5738. — U.T — Leipzigerstrasse 88. Fernruf 1224.
Henny Porten in „Die Faust des Riesen.“ II. Teil. Drama in 4 Akten. Vorführung: 5.00, 7.10, 9.20.
Das kommt von der Liebe. Lustspiel in 3 Akten, mit Melita Petri, Leo Peukert, Herbert Paulmüller.
Die Königstochter von Travankore. Ein indisches Liebesdrama. In der Hauptrolle: Elga Beck, Wien. — 4 Akte. — 3486
Tenor Schmetterzeh. Filmscherz in 2 Akten, mit Melita Petri, Leo Peukert, Herbert Paulmüller.
Infolge des überaus grossen Andranges zu den Abend-Vorstellungen, bitten wir dringend die Nachmittags-Vorstellungen zu besuchen.

Germania-Lichtspiele, Triftstrasse 22, Inh.: Theod. Dettmeyer
Spinolas letztes Gesicht mit Maria Carmin, Tragödie in 5 Akten.
Was Kunst, Mühe, Geld vermögen ist aufgeboten worden, um in diesem Film der Kinokunst ein Denkmal zu setzen. Spinolas letztes Gesicht ist für jedermann ein inneres Erlebnis, das erschüttert, erhebt und noch lange nachwirkt. 3483
Madaleine, Drama in 8 Akten aus dem 14. Jahrhundert. Ausserdem das grosse Programm.

Apollo-Theater.
Tägl. abds. ¾8: Gastspiel des Max Walden-Ensembles
„Polenblut“.
Operette i. 3 Bildern v. L. Stein. Musik von Oscar Nedbal.
Ab Donnerstag, d. 10. Januar, nur wenige Aufführungen von
„Unter der blühenden Linde.“ 3484
Ein fröhliches Spiel mit Gesang in 3 Bildern von Kestner u. Tesmar. Musik von Fr. Gellert.

Stadt-Theater Halle
Direktion: Leopold Sachse.
Montag, den 7. Januar 1918:
Undine.
Romantische Oper in 4 Aufzügen von Albert Lortzing. 3481

Zum Schultheiss, Post-str. 5.
Jeden Abend: Künstler-Konzert bei freiem Eintritt. *1821
Sonntags von 4 Uhr ab.

Bekanntmachung.

Ich habe heute eine Bekanntmachung betreffend Verbotes des Färbens von Militärstoffen erlassen. Die Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 2. Januar 1918.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Sontag, Generalleutnant. *1833

Konzerthaus „Oberpollinger“.
Ecke Gr. Ulrichstrasse und Jägergasse.
Täglich:
Grosse Konzerte
des beliebten Damen-Salon-Orchesters „Böhm“
Trudel Gläser, Violin-Virtuosin. 3410
Ergebenst ladet ein Frau Elsa Beth.

Möbel, Betten, Pfandscheine
3424 kauft zu höchsten Preisen
Frau Hornickel, Kleine Klausstraße 6.

Lohnbuch für Steuerzwecke,
zum Gebrauch für
preußische Steuerzahler.
Preis 30 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung, Halle a. d. S., Harz 42/44.

Belagerungszustand, Zensur und Schutzhaft vor dem Reichstage.
Drei Reichstagsreden von Wilhelm Dittmann.
Preis 25 Pfg.
Nach auswärts 5 Pfg. Porto.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung, Halle, Harz 42/44.

Amtliche Bekanntmachungen.

Der Verkauf der der Stadt überwiesenen Auslandseier (besondere Lieferung) wird am Dienstag den 8. Januar 1918 in der Talamtschule fortgesetzt. Zugelassen werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 56001—63000 vormittags von 8½ bis 12 Uhr und die Nummern 63001—70000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für den Kopf eines Haushaltes wird ein Ei zum Preise von 48 Pf. abgegeben. Eine Nachlieferung findet nicht statt! Umtausch nur innerhalb drei Tagen!

Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereithalten.

Halle, den 7. Januar 1918. Der Magistrat.

Johannes Thurm.
Glauchaerstraße 79. 3482
Dienstag vorm.: Nr. 1201—1600.

Familien-Nachrichten.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.
Verwaltungsstelle: Halle a. d. S.

Am Sonntag, den 6. Januar, früh 2 Uhr, verschied nach längerem Leiden unser langjähriger Kassierer

Max Löschke.

Seine offene, ehrliche Gesinnung und seine unermüdliche Hingabe für die Krankenkasse sichern ihm ein

ehrendes Andenken

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 9. Januar cr., nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Nordfriedhofes aus statt. 3487

Die Ortsverwaltung.

Eisenhochbau-Firma
sucht für Montage-Bauten auf einem großen Werk bei Merseburg
50 Arbeiter
zum sofortigen Eintritt.
Louis Eilers, Hannover. Baustelle: Leunawerke.
Zu melden: Dienstag vormittag im Herzog Christian in Merseburg, Weissenfelserstrasse 1.
*1830

Ausgekämmtes *1834
Frauenhaar,
kaufe zu höchsten Preisen
Falek, Tel. 4242.
Mansfelder Straße 29.

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhandlg.

100 Mark Belohnung. *1835
Sonnabend mittag 1 Uhr hat ein Lehrling an der Universität ein Bündel mit 100 Stück 5 Mark-Scheinen verloren. Da es sich um den Sohn einer ganz armen Witwe handelt, die den Schaden ersetzen muß, wird der ehrl. Finder geb., das Geld a. d. Fundbureau der Pol.-Verwaltung abzugeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621918010 7-10/fragment/page=0004